

Germany-Stuttgart: IT services: consulting, software development, Internet and support

OJ S 131/2023 11/07/2023

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

Town: Stuttgart

NUTS code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

Postal code: 70190

Country: Germany

E-mail: lmz-minnit@menoldbezler.de

Internet address(es):

Main address: <https://www.lmz-bw.de/>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZ6GKW/documents>

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YMZ6GKW>

Additional information can be obtained from another address:

Official name: Menold Bezler Rechtsanwälte Steuerberater Wirtschaftsprüfer Partnerschaft mbB

Postal address: Stresemannstr. 79

Town: Stuttgart

NUTS code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

Postal code: 70191

Country: Germany

Contact person: Rechtsanwalt Dr. Martin Ott, Rechtsanwalt Dr. Fabian Bader

E-mail: lmz-minnit@menoldbezler.de

Internet address(es):

Main address: www.menoldbezler.de

I.4. Type of the contracting authority

Body governed by public law

I.5. Main activity

Education

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Landesmedienzentrum BW - Optimierung und funktionale Erweiterung "minnit"

II.1.2. Main CPV code

72000000 IT services: consulting, software development, Internet and support

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Gegenstand des Vergabeverfahrens sind IT-Dienstleistungen zur Optimierung und funktionalen Erweiterung der länderübergreifenden Umfrageplattform für Lernende und Lehrkräfte "minnit"

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE111 Stuttgart, Stadtkreis

II.2.4. Description of the procurement

Die vom Landesmedienzentrum Baden-Württemberg (LMZ) im Auftrag des Kultusministeriums Baden-Württemberg (KM BW) entwickelte Umfrageapp minnit" ist eine kostenlose, DSGVO-konforme und werbefreie Web-App, die es Lehrkräften in Baden-Württemberg ermöglicht, Umfragen mit ihren Lerngruppen durchzuführen. Die Lehrkraft kann durch Drag & Drop Fragebögen in Form von Einfach- und Mehrfachauswahl, richtig/falsch, einem Freitext oder einem Lückentext anlegen. Die Auswertung kann dann sofort gemeinsam live betrachtet und mit der Klasse diskutiert werden. Ebenso kann die Anwendung dank des optionalen direkten Feedbacks von den einzelnen Teilnehmenden zur Selbstkontrolle verwendet werden, ohne dass die Lehrkraft Einblick erhält.

Im Rahmen eines länderübergreifenden DigitalPakt-Projekts der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen soll minnit" nun optimiert und funktional erweitert werden. Durch diese Weiterentwicklung wird Lehrkräften dieser Länder ein DSGVO-konformes Tool zur Verfügung stehen, welches ihnen und den Lernenden erlaubt, einfach und schnell variable Umfragen zu erstellen. Zudem trägt die Weiterentwicklung der Applikation dazu bei, den Bildungsauftrag im Bereich der Medienkompetenz zu erfüllen. Des Weiteren bietet minnit" in der erweiterten Form vielfältige Möglichkeiten für die aktive Beteiligung der Lernenden. Die schulische Bildung muss zu einer mündigen Mitgestaltung der digitalen Welt befähigen. Daher ist es unabdingbar, dass Lernende digitale Medien in der Schule nicht nur passiv rezipieren, sondern aktiv nutzen und selbst digitale Lernprodukte gestalten. minnit" soll explizit kein Diagnosewerkzeug für Lehrkräfte sein, sondern hat den Anspruch, aktives und handlungsorientiertes Lernen möglich zu machen. Die hierfür erforderlichen Optimierungen und Weiterentwicklungen sind Gegenstand der vorliegenden Ausschreibung.

Die letzten Funktionalitäten müssen bis spätestens 31.12.2025 bereitgestellt werden.

Das Hosting von minnit" ist im Rahmen des ausgeschriebenen Projekts nur während der Weiterentwicklungs- und Testphase zur Umsetzung der Weiterentwicklungsleistungen zu erbringen (inkl. Staging mit mehreren Instanzen, da es "echte Nutzer" gibt und damit entsprechende prozessuale und sicherheitstechnische Anforderungen gelten). Das Hosting für den nach Abnahme der Optimierungen und Weiterentwicklungen erfolgenden Produktivbetrieb ist nicht Gegenstand der Ausschreibung.

Für weitere Einzelheiten zur Leistungserbringung wird auf das Leistungsverzeichnis nebst Anlagen verwiesen.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

End: 31/12/2025

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged number of candidates: 3 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Für den Fall, dass sich mehr als drei grundsätzlich geeignete Bewerber am Vergabeverfahren beteiligen, wird anhand der vorzulegenden Mindestreferenzen gem. Ziffer III.1.3 dieser Bekanntmachung beurteilt, wer unter den als grundsätzlich geeignet eingestuften Bewerbern im Vergleich zu den Mitbewerbern besonders geeignet erscheint und daher am weiteren Verfahren beteiligt werden soll. In diesem Zusammenhang wird die besondere Vergleichbarkeit zu den hier ausgeschriebenen Leistungen berücksichtigt. Hierbei werden mit Blick auf die Mindestreferenzen die folgenden Aspekte berücksichtigt:

- Hatte das Referenzprojekt einen Bezug zum Thema Bildung?
- Wie groß war die (geplante) Anzahl der Nutzer?
- In welchem (Bundes-)Land sollte das Projektergebnis genutzt werden und welche Sicherheits- und Qualitätsstandards waren dabei maßgeblich?
- Welche Projektmethodik kam zur Anwendung?
- Wie wurde Erwartungsmanagement betrieben und wie Feedback der Nutzer eingeholt?
- Welche Technologien wurden eingesetzt?
- Umfasste Ihr Auftrag Entwicklung und Betrieb?
- Wurde die Referenzleistung für einen öffentlichen Auftraggeber erbracht?

Werden mehr als die geforderten Mindestreferenzen vorgelegt, zieht der Auftraggeber für die Bewerberauswahl jeweils die Referenzen heran, welche innerhalb der vorgelegten Referenzen am stärksten für die besondere Vergleichbarkeit mit dem Auftragsgegenstand sprechen

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds: no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1.

Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

1. Die Eignung ist im Falle einer Bewerbergemeinschaft für jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft gesondert nachzuweisen. Soweit nachfolgend nichts Abweichendes geregelt wird, sind daher alle Eignungsnachweise von jedem Mitglied einer Bewerbergemeinschaft vorzulegen.
2. Beteiligt sich ein Unternehmen mehrfach - sei es als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder Unterauftragnehmer - an diesem Vergabeverfahren, so kann dies zum Verfahrensausschluss aller Bewerber/Bewerbergemeinschaften, bei denen das jeweilige Unternehmen beteiligt bzw. als Nachunternehmer vorgesehen ist, führen.
3. Ein Bewerber (bzw. eine Bewerbergemeinschaft) kann sich zum Nachweis der Eignung auf andere Unternehmen stützen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindungen (Eignungsleihe). In diesem Fall ist der Vergabestelle mit Einreichung des Teilnahmeantrags nachzuweisen, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, indem beispielsweise die verpflichtenden Zusagen der Unternehmen vorgelegt werden. Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach Ziffer III.1.1) bis III.1.3) hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind für diese Unternehmen die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB vorzulegen. Vorstehende Ausführungen unter 1. bis 3. gelten für die Nachweise nach III.1.2) und III.1.3) entsprechend.
4. Die nachfolgend und die in III.1.2) und III.1.3) geforderten Eignungsnachweise sind mit dem Angebot einzureichen:
 - (1) Eigenerklärung über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 123 GWB,
 - (2) Eigenerklärung über das Vorliegen von Ausschlussgründen nach § 124 GWB,
 - (3) Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLoG),
 - (4) Eigenerklärung zu Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014,
5. Vorzulegende Nachweise der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:
Eigenerklärung bezüglich der Eintragung des Unternehmens in das Berufs- oder Handelsregister (bei GmbH & Co. KG auch von der Komplementär-GmbH) nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

- (1) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens sowie den Umsatz mit vergleichbaren Leistungen im Bereich Entwicklung und Betrieb von Webapplikation mit Nutzerverwaltung in den vergangenen 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren.
- (2) Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme in Höhe von mind. 5 Mio. EUR für Personen- und Sachschäden sowie 500.000 EUR für Vermögensschäden bzw. Eigenerklärung, dass im Auftragsfalle eine entsprechende Versicherung abgeschlossen wird

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

- (1) Erklärung über das jährliche Mittel der bei dem Unternehmen beschäftigten Vollzeitkräfte in den letzten 3 Geschäftsjahren (2020, 2021, 2022)
- (2) Eigenerklärungen über Referenzprojekte:

Eigenerklärungen über erbrachte vergleichbare Leistungen des Unternehmens im Bereich Webapplikation mit Nutzerverwaltung aus den letzten drei Jahren.

Darüber hinaus soll bei der Beschreibung des jeweiligen Referenzprojekts ("kurze Beschreibung des Leistungsumfangs") insbesondere auf folgende Aspekte eingegangen werden:

- Hatte das Referenzprojekt einen Bezug zum Thema Bildung?
- Wie groß war die (geplante) Anzahl der Nutzer?
- In welchem (Bundes-)Land sollte das Projektergebnis genutzt werden und welche Sicherheits- und Qualitätsstandards waren dabei maßgeblich?
- Welche Projektmethodik kam zur Anwendung?
- Wie wurde Erwartungsmanagement betrieben und wie Feedback der Nutzer eingeholt?
- Welche Technologien wurden eingesetzt?
- Umfasste Ihr Auftrag Entwicklung und Betrieb?
- Wurde die Referenzleistung für einen öffentlichen Auftraggeber erbracht?

Minimum level(s) of standards possibly required:

Nachweis von mindestens zwei geeigneten Referenzprojekten über erbrachte vergleichbare Leistungen des Unternehmens im Bereich Webapplikation mit Nutzerverwaltung aus den letzten drei Jahren

Die Erklärungen über die beiden geforderten Mindest-Referenzprojekte müssen jeweils folgende Angaben enthalten:

- Bezeichnung des Auftrags
- Kurze Beschreibung des Leistungsumfangs
- Name des Auftraggebers inkl. Ansprechpartner
- Zeitraum der Leistungserbringung
- Volumen der Leistungserbringung in EUR netto für den gesamten Leistungszeitraum

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 08/08/2023 Local time: 12:00

IV.2.3.

Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted
German

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

Bekanntmachungs-ID: CXP4YMZ6GKW

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postal address: Durlacher Allee 100

Town: Karlsruhe

Postal code: 76137

Country: Germany

Fax: +49 721926-3985

Internet address: www.rp.baden-wuerttemberg.de

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).

Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit

1. Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat;

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB. Insbesondere gilt: Bieter deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für

Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Telefax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

VI.5. Date of dispatch of this notice

06/07/2023